

LESERBRIEFE

Badi Reiden: Keine Zukunft

An der Infoveranstaltung vom 18. August lautete der Vorschlag des Gemeinderats, dass die Bevölkerung Ende November abstimmen kann, ob sie für die Rettung der Badi umgehend circa 12 Millionen Franken zahlen will. Ende September entschied sich der Gemeinderat, die Urnenabstimmung abzusagen.

Meines Erachtens spielen die Verantwortlichen auf Zeit und versuchen, die Badi mit Finanzspritzen am Leben zu halten. Der neue jährliche Betriebsbeitrag von 800000 Franken und der Investitionsbeitrag von 500000 Franken sind bereits im Gesamtbudget 2026 integriert. Weitere Investitionsbeiträge für 2027 und 2028 sollen folgen. Gemäss Infoveranstaltung weist die Badi Reiden aktuell beträchtliche Mängel und Unvollständigkeiten betreffend Sicherheit, Unterhalt und Bau auf. Und das notabene sechs Jahre (!) nach der Sanierung mit den abgeschlossenen Gesamtkosten von circa 9,8 Millionen Franken. Seither wurden den Einwohnern auch immer wieder Budgetzahlen, Strategien und Prognosen vorgelegt, die nicht den Ergebnissen entsprachen.

Die vom Gemeinderat gelobte Attraktivität der Gemeinde Reiden, eine Badi zu besitzen, kann ich leider nicht vollziehen. Spätestens seit dem Jahr 2019 liefert die Badi permanent negative Schlagzeilen und Hiobsbotschaften. Meiner Ansicht nach kann es sich die hoch verschuldete Gemeinde Reiden

schlicht nicht leisten, einen solchen kostenintensiven Klotz am Bein zu haben. Geschweige dann, wenn die nächste Anlagensanierung wieder ansteht. Die Badi ist und bleibt ein Fass ohne Boden. Die Gemeinde hat aktuell noch viel wichtigere Investitionen und Herausforderungen, als eine kostenaufwendige Badi aufrechtzuerhalten. Zudem erachte ich eine Steuererhöhung der Gemeinde Reiden als viel folgenschwerer, als keine Badi mehr zu haben.

Aus diesen Gründen hat für mich die Badi Reiden leider keine Zukunft mehr. Weder ein Hallen- noch ein Freibad. Als Alternative würde ich Indoor- und Outdoor-Sport- und -Freizeitanlagen für Kinder und Jugendliche bauen und ganzjährlich anbieten: Kletterwände, Freizeitfelder für diverse Sportarten, Pumptrack, Skatepark usw. Mit diesem Angebot könnte Reiden die Attraktivität wahrlich verbessern und Ruhe in die Gemeinde bringen.

Nun hoffe ich, dass im Gemeinderat endlich ein Umdenken stattfindet und er auf die Stimme der Bevölkerung hört. Meiner Einschätzung nach hat die Mehrheit der Reiderinnen und Reider genug von diesem leidigen Thema und möchte keine Badi mehr unterhalten. Deswegen schlage ich vor, das Budget 2026 an der Gemeindeversammlung vom 3. Dezember abzulehnen.

Pius Bühler, Langnau

Wikon: Weniger ist mehr

Liebe Wikonerinnen, liebe Wikoner

Jeden Tag, wenn es nur kurze Rundgänge sind, geniesse ich die reichhaltige, ruhige Ortschaft Wikon. Entspannung pur in der heutigen, turbulenten, lauten Zeit. Es ist ein Geschenk, dass wir noch so im Grünen, verbunden mit der Natur, leben können (dürfen). Unsere Kinder wachsen spielerisch, frei und kindergerecht auf.

Meine Überzeugung ist: Weniger ist mehr. Das Gefühl von Ruhe und Erholung sollten wir da holen, wo wir woh-

nen. Das wirkt sich auch auf unsere Gesundheit und unser Gemüt aus. Dadurch werden wir den Alltag bewusster und glücklicher angehen. Darum stimme ich aus ganzheitlicher Sicht am 30. November an der Urnenabstimmung in Wikon: Hauptfrage 1: Nein. Hauptfrage 2: Ja. Stichfrage: Hauptfrage 2 ankreuzen.

Yolanda Elisabeth Koffel, Wikon

Weitere Lesebriefe auf SEITE 6

BRIEF

aus dem Ständerat



Damian Müller
FDP, Hitzkirch

Warum politische Kultur und Zuwanderung Fakten statt Schlagzeilen brauchen: In den letzten Wochen habe ich ungewohnt viele Briefe erhalten – einige freundlich, andere anonym, wenige mit

Fakten statt Schlagzeilen

harten Worten. Jemand drohte sogar, mich «mit der Hellebarde aufspiesern» zu wollen. Ich akzeptiere andere Meinungen, aber Drohungen gehören nicht zur Schweiz. Wir führen unsere Debatten mit sachlichen Argumenten. Anstand ist Teil unserer politischen Kultur und die Voraussetzung dafür, dass wir schwierige Fragen gemeinsam lösen. Umso wichtiger ist eine faire, realistische und nüchterne Diskussion rund um unsere Beziehung zur EU. Dies gilt besonders beim Thema Zuwanderung – doch gerade hier vermischen sich berechnete Sorgen mit falschen Behauptungen.

Die reale Herausforderung heisst Zuwanderung

Die Schweiz ist wirtschaftlich erfolgreich, deshalb wächst sie. Das belastet Strassen, Bahnen, Wohnraum und Infrastrukturen, die teilweise aus den 1970er-Jahren stammen. Die gesellschaftliche Unruhe darüber ist verständlich. Wichtig ist, die Ursachen klar zu trennen: zwischen illegaler Migration, die wir bekämpfen müssen, und der arbeitsmarktgesteuerten Zuwanderung, die wir brauchen. Höchste Zeit deshalb, einige Aussagen richtigzustellen.

Zum Daueraufenthaltsrecht

Kaum ein Thema wird so verzerrt dargestellt. Nachfolgend einige Fakten:

- 1.) Niemand erhält ein Daueraufenthaltsrecht ab Tag eins. Nach Inkrafttreten der neuen EU-Verträge gilt eine zweijährige Übergangsfrist. Danach sind fünf Jahre Erwerbstätigkeit nötig, bis jemand überhaupt Anspruch auf Daueraufenthalt geltend machen kann.
- 2.) Der überwiegende Teil der Personen, die künftig Anrecht auf einen Daueraufenthalt haben, leben und arbeiten bereits heute in der Schweiz. Sie sind bestens integriert und haben heute schon faktisch Anspruch auf eine C-Bewilligung.
- 3.) Das Recht auf Daueraufenthalt gilt nur bei nachgewiesener Erwerbstätigkeit während fünf Jahren. Grenzgänger, Studierende und Nichterwerbstä-

tige sind ausgeschlossen. Lebt jemand länger als sechs Monate voll von der Sozialhilfe, wird die Fünfjahresfrist unterbrochen.

4.) Das Daueraufenthaltsrecht ersetzt nicht die Niederlassungsbewilligung (C-Bewilligung). Wer die Niederlassungsbewilligung C beantragen will, braucht weiterhin Sprache, Integration, wirtschaftliche Selbstständigkeit und einen einwandfreien Leumund. Die C-Bewilligung ist und bleibt Voraussetzung für eine Einbürgerung.

5.) Die oft erwähnten 570000 Personen sind eine theoretische Zahl fürs Jahr 2017, basiert auf der Annahme, dass sie das Daueraufenthaltsrecht 2012 eingeführt worden wäre. Eine genaue Prognose über die Anzahl von Personen, die ab 2035 (frühestmöglicher Zeitpunkt für eine Daueraufenthaltsberechtigung mit dem aufdatierten Abkommen) berechtigt wären, ist nicht möglich. Der Bund rechnet mit 4000 bis 20000 Gesuchen pro Jahr. Und: Der Status kann entzogen werden – bei Missbrauch, Abwesenheit oder Straftaten.

Die neuen Verträge schützen den Sozialstaat

Menschen, die in die Schweiz kommen und Rechte einfordern, aber Pflichten verweigern, sind weiterhin nicht willkommen. Wer Unterstützung bezieht, ohne sich um Arbeit zu bemühen, darf nicht bleiben. Dies sehen die neuen Verträge mit der EU explizit so vor.



Aus einem von der Luzerner Polizei betreuten System sind Daten abgeflossen. Foto Keystone/Urs Flüeler

punkt eine Gefahr bestanden, teilte die Staatskanzlei Luzern weiter mit. Auch die Einsatzbereitschaft der Korps sei nie in Gefahr gewesen.

Die Sicherheitslücke war am 31. Oktober entdeckt und nach Angaben der Staatskanzlei noch am gleichen Tag geschlossen worden. Der Vorfall wur-

de anschliessend dem Bundesamt für Cybersicherheit und den Datenschutzbeauftragten der Kantone Luzern und Schwyz gemeldet.

Die Luzerner Polizei habe eine Strafanzeige gegen unbekannt eingereicht, schreibt die Staatskanzlei weiter.

sda

Ylfete Fanaj ist neue ZRK-Präsidentin



Regierungsrätin Ylfete Fanaj präsidiert für zwei Jahre die Zentralschweizer Regierungskonferenz. Foto Keystone/Flüeler

rung eines regelmässigen Austauschs einer ZRK-Delegation mit dem in diesem Jahr gewählten Bundesrat Martin Pfister habe sie «ein Zeichen für die Stär-

kung der Zentralschweizer Interessen auf Bundesebene» gesetzt. «Die Zentralschweiz lebt von einer starken regionalen Vernetzung. Als Präsidentin der ZRK ist es mir ein Anliegen, die Zusammenarbeit über Kantonsgrenzen hinweg zu stärken und gemeinsame Lösungen zu fördern», wird Ylfete Fanaj zitiert.

Gezielte Desinformation

Weiter hat sich die ZRK-Plenarversammlung mit der Betroffenheit der Schweiz im Bereich Beeinflussungsaktivitäten und Desinformation auseinandergesetzt. «Offene, demokratische Gesellschaften wie die Schweiz sind besonders anfällig für Desinformation, die das Vertrauen in Institutionen schwächen kann, während technologische Entwicklungen und künstliche Intelligenz die Reichweite und Wirkung solcher Aktivitäten verstärken», schreibt die ZRK. Ein weiteres Thema war die gesamtschweizerische Koordination des Sprachunterrichts.

pd/dk.

det das Volk über die Verträge. Dass das Referendum kommt, davon ist auszugehen – und das ist gut so. Wir stehen erst am Anfang der innenpolitischen Prozesse. Jetzt Gräben aufzureissen, ist falsch. Der bilaterale Weg hat uns wirtschaftlich sehr erfolgreich gemacht. Das neue Paket schafft Klarheit: verlässliche Regeln, faire Streitbeilegung, Schweizer Sonderlösungen und starke Mitwirkungsrechte.

Die Luzerner Regierung unterstützt das Paket und lehnt das Ständemehr ab, genauso, wie es auch die FDP-Basis entschieden hat. Als Luzerner Ständerat trage ich Verantwortung, dass die inländische Umsetzung im Interesse unseres Kantons erfolgt. Ich werde mich dafür einsetzen, dass im nationalen Recht eine Schutzklausel verankert wird, die sicherstellt, dass keine neuen Soziallasten entstehen, die Familien, KMU und die arbeitende Bevölkerung tragen müssen.

Mein Kompass ist dabei klar: Leistung muss sich lohnen, Missbrauch verhindert werden. Unsere politische Kultur darf nicht im Lärm von ein paar Scharfmachern untergehen. Wir brauchen keine Hellebarden, sondern Anstand und Respekt. Gerade jene, die aktuell so viel von Freiheit reden, haben eins nicht verstanden: dass Freiheit immer auch bedeutet, Verantwortung wahrzunehmen.